

Gastkolumne

Verlässlich und plötzlich wieder relevant: Der Nationalstaat

Die Globalisierung erweist sich als nicht sehr krisenfest. Dafür gewinnt der Nationalstaat – zum Glück – wieder an Ansehen



Paul Widmer

Lange waren die Globalisierer fest überzeugt, der Nationalstaat sei Schnee von gestern. Und die Geschichte schien auf ihrer Seite zu stehen. Wirtschaft und Gesellschaft entwickelten sich so, dass sich Staaten multinational zusammenschliessen mussten, um in einer Welt der Supermächte bestehen zu können.

Tatsächlich hat die Globalisierung vieles verändert. Nach klassischer Lesart ist jeder Staat souverän. Er entscheidet selbst, welche Verpflichtungen er übernehmen will. Doch das ist oft nur Theorie. In den letzten drei Jahrzehnten sind mit multinationalen Konzernen, machtbesessenen Gruppen wie den G-7 und G-20 oder einflussreichen Nichtregierungsorganisationen neue Akteure entstanden. Diese fassen weitreichende Beschlüsse, kümmern sich aber wenig um Verträge. Staaten, die nie um ihre Meinung gefragt wurden, müssen parieren. Sonst werden sie mit politischen und wirtschaftlichen Sanktionen bedrängt. Globalisierung bedeutet deshalb oft einen wirtschaftlichen Vorteil auf Kosten nationaler Souveränität.

Dann kam der Brexit, eine Verrücktheit für die einen, ein wohlthuender Umschwung für die anderen, ein Wendepunkt für alle. Mit der Rückkehr zur nationalen Souveränität wollen die Briten die Kontrolle über ihre

eigenen Angelegenheiten von der EU zurücknehmen. Sie fordern neue Antworten auf Fragen, die alle Staaten betreffen, etwa: Wie kann man in einer globalisierten Welt erfolgreich sein und souverän bleiben? Wie können Bürger ihr Leben noch selbst bestimmen, wenn immer mehr Entscheide jenseits nationaler Grenzen gefällt werden?

Und nun die Corona-Epidemie. Einige Fragen erhielten rascher eine Antwort als erwartet. Sofort wurde ersichtlich, dass die Globalisierung die Grundaufgabe des Staates – Schutz von Land und Leuten – nicht ersetzen kann. Die rasante Ausbreitung des Virus erforderte Grenzkontrollen. Der Zusammenbruch internationaler Lieferketten bewies die Notwendigkeit nationaler Vorsorge. Wenn es wirklich hart auf hart geht, muss der National- und Sozialstaat als Retter in der Not einspringen. Italien erfuhr dies schmerzlich, als die EU seinem Hilfesuch nach medizinischen Geräten zu Beginn der Krise nicht nachkam. All jene, die über Jahre hinweg den Nationalstaat verteidelt haben, wurden des Irrtums überführt.

Dass sich die Globalisierung auf Kosten des Nationalstaats ausbreitet, war immer klar – weniger hingegen, dass sie auch auf Kosten der Demokratie erfolgt. Doch genau das geschah. Bürger können an Entscheidungen, die über der staatlichen Ebene gefällt werden, kaum teilnehmen, auch nicht in Bereichen, die ihr eigenes Leben betreffen. Je mehr man den Staaten die Zuständigkeit entzieht, umso mehr schmälert man die demokratischen Rechte. Staaten und Bürger werden tendenziell entmündigt. Jüngst legte das deutsche Bundesverfassungsgericht den Finger auf die Wunde. Es tadelte den Europäischen Gerichtshof wegen Kompetenzüberschreitungen in seinem Urteil zu den



ILLUSTRATION: GABI KOPPE



Die Stärkung des Nationalstaats darf nicht zu autokratischen Regimen führen. Die Korrektur muss in eine andere Richtung erfolgen.

Staatsanleihenkäufen durch die Europäische Zentralbank.

Die neuentdeckte Relevanz von Nationalstaaten ist zu begrüssen. Sie kann einen Ausgleich zwischen globalen und nationalen Aufgaben schaffen und die Legitimität von Politik erhöhen. Allerdings hört man beunruhigende Zwischentöne heraus. Im Kampf gegen die Epidemie gefallen sich Staats- und Regierungschefs in Kriegsmetaphern. In China gelobt Xi Jinping, einen «Volkskrieg» gegen das Virus zu führen. In Frankreich beschwor Emmanuel Macron mehrfach den Krieg gegen einen «unsichtbaren, schwer fassbaren Feind». Und die Schweizer Armee wollte mit einer Mobilmachung punkten.

Doch wir sind nicht im Krieg. Weit und breit schießt kein Soldat auf einen andern. Wozu dann die Kriegsrhetorik? Wohl aus zwei Gründen. Erstens wollen die Regierungen die grosse Gefahr unterstreichen. Zweitens wollen sie ihre Exekutivgewalt mit Notrecht, wie es in kriegsbedrohten Situationen geschieht, erweitern. Laut der Zeitschrift «The Economist» haben 84 Regierungen die Pandemie benützt, um den Notstand auszurufen und mit Dekreten zu regieren.

Die Ausrufung von Notrecht mag unumgänglich gewesen sein. Aber nur punktuell und zeitlich eng begrenzt. Bürger und Parlamente dürfen ihre Vorrechte nicht leichtfertig abgeben. Die Stärkung des Nationalstaats darf nicht zu autokratischen Regimen führen. Die Korrektur muss in eine andere Richtung erfolgen, hin zu einem ausbalancierten Verhältnis zwischen den Erfordernissen globaler Öffnung, nationalstaatlichen Schutzes und demokratischer Rechte.

Paul Widmer ist Diplomat, Publizist und Sachbuchautor.

Medienkritik

Raus zu den Leuten an den Demos!



Aline Wanner

Es ist eine merkwürdige Diskussion darüber entstanden, ob Medien über «Corona-Gegner» berichten sollen. So nennen Journalisten nun Leute, die gegen staatliche Massnahmen zur Eindämmung des Coronavirus protestieren. Und bei diesem unpräzisen Begriff beginnt schon das Problem: Die Demonstranten haben nichts gegen Corona, sie haben offenbar vor allem etwas gegen den Umgang der Behörden damit. Oder sie glauben gar nicht erst, dass es die Krankheit Covid-19 gibt.

Die Bezeichnung «Corona-Gegner» ist darum Ausdruck einer Verunsicherung im Umgang mit diesen Demonstranten, die sich ausgerechnet jetzt über das Versammlungsverbot hinwegsetzen. Das mag unvernünftig und unverantwortlich sein, aber es ist noch kein Grund, die Leute zu ignorieren oder sie pauschal als «Wirkköpfe» und «Spinner» (Kommentar eines ARD-Moderators) oder als «wüsten Protestmob» («Blick») abzutun, ohne sich mit der Entstehung und den Anliegen der Bewegung vertieft auseinandergesetzt zu haben. Denn Hingehen und Nachfragen ist, auch wenn es unangenehm oder anstrengend sein mag, die genuine Aufgabe eines Journalisten.

Was ein Reporter aus seinem Material macht, aus den Antworten und Anekdoten und Informationen, die er gesammelt hat, das ist entscheidend. Natürlich soll man abwägen, wie viel Öffentlichkeit jemand bekommen soll. Natürlich soll man einordnen und die Aussagen, die ein Protagonist macht, prüfen, bevor man sie ungefiltert wiedergibt.

Leider aber filtern viele Berufskollegen schon, lange bevor sie zu recherchieren beginnen. Sie fürchten sich, potenziellen Verschwörungstheoretikern oder einfachen Leuten, deren Ansichten sie nicht teilen, eine Stimme zu geben. Diese Art von Selbstzensur macht nicht nur den Journalismus ärmer, sie verkauft auch dessen Konsumenten für blöd.

Aline Wanner ist Redaktorin beim Monatsmagazin «NZZ Folio».

49 Prozent

Was haben die bloss für ein Männerbild?



Patrick Imhasly

Sanft löst sich die Umklammerung des Lockdown. Die einen können endlich wieder atmen, die anderen bewegen sich in der neugewonnenen Freiheit ähnlich unsicher wie Menschen, die mit vierzig zum ersten Mal in ihrem Leben Velo fahren oder in Schlittschuhen auf dem Eis stehen. Unsere Freunde werden wir leider noch lange nicht umarmen, geschweige denn küssen können. Aber für eine erste Bilanz aus dem wochenlangen Lockdown ist der Zeitpunkt ideal.

Das Home-Office hat tatsächlich seine Vorteile. Dass man effizienter ist, Zeit gewinnt und produktiver arbeitet, wie das in Umfragen immer wieder angegeben wird, kann ich aber nicht bestätigen. Und ich

glaube auch nicht, dass dem wirklich so ist. Das eigentlich Nützliche des Home-Office besteht darin, dass immer jemand zu Hause ist, um eine Warenlieferung anzunehmen. Man kann zudem Musik laufen lassen, welcher Art auch immer, und so laut, wie man will. Keiner rümpft die Nase, wenn man den ganzen Tag barfuss unterwegs ist. Und ich muss niemandem eine Erklärung abgeben, wenn ich mit mir selbst rede oder mich für den gelungenen Einstieg in einen Text überschwänglich lobe.

Einzig bei den Videokonferenzen muss man etwas aufpassen, welches Bild des eigenen Heims man den übrigen Sitzungsteilnehmern vermitteln will. Die meisten meiner Arbeitskolleginnen und -kollegen haben sich das zu Herzen genommen. Warum wohl würden sie sich sonst stets entweder vor einer imposanten Bücherwand oder dem Poster einer Kunstausstellung in Szene setzen? Vorsicht ist auch geboten, wenn man zu Hause einen gemeinsamen Computer nutzt. Weil sie in ihrem Job ebenfalls via Microsoft Teams kommuniziert, ist meine Frau kürzlich unversehens in eine virtuelle Redaktionssitzung der «NZZ am Sonntag»

geplatzt – zum Glück hat sich bisher noch niemand darüber beklagt.

Natürlich ist es mühsam, wenn dem Home-Office das Home-Schooling in die Quere kommt und der Kleine alle fünf Minuten an der Türschwelle steht, um Fragen zu stellen wie diese: «Muss ich die Aufgabe 4b bei den Würfelzeichnungen wirklich machen?» Aber wenn man den Nerv hatte, sich auf den Schulstoff einzulassen, hat sich gezeigt: Lehrer sein macht wirklich Spass. Der grösste Stress bestand sowieso nicht darin, dafür zu sorgen, dass die Kinder möglichst wenige Lerninhalte verpassten. Anstrengend wurde es, wenn manche Eltern ihren Kindern über den Fernunterricht der Schule hinaus selbst kreierte Mathe- und Französischlektionen erteilten und damit Massstäbe setzten, die unmöglich zu erreichen waren.

Wirklich irritiert hat mich die fehlende Anerkennung der Leistung der Männer während des Lockdown. Einmal mehr müssten die Frauen zu Hause alles übernehmen, hiess es allenthalben. Während die Männer Ruhe für das Gespräch mit ihrem Chef forderten, hätten die Frauen dafür zu sorgen gehabt, dass das Mittagessen rechtzeitig auf den



In Sachen Emanzipation sei unsere Gesellschaft in die fünfziger Jahre zurückkatapultiert worden, beklagten Soziologinnen.

Tisch gekommen sei. Innert weniger Wochen sei unsere Gesellschaft in Sachen Emanzipation in die fünfziger Jahre zurückkatapultiert worden, beklagten Soziologinnen und Genderforscher. Was haben diese Leute bloss für ein Männerbild?, frage ich mich. Care-Arbeit ist längst nicht mehr allein Frauensache. Inzwischen weiss auch der letzte Mann, wie man Hörnli mit Gehacktem kocht und dass man neue Bluejeans nicht zusammen mit weissen Hemden waschen sollte.

Manche Kommentatoren wiederum sind der Ansicht, die veränderten Arbeitsbedingungen während der Pandemie hätten die bestehenden Ungleichheiten zwischen Kinderlosen und Eltern verstärkt. Mütter und Väter hätten mehr Zeit in die Betreuung und den Haushalt investieren müssen, während Arbeitnehmer ohne Nachwuchs von den ruhigeren Bedingungen profitiert hätten. Diese Argumentation ist zwar geschlechtermässig ausgewogen, dafür kinderverachtend und absurd. Mich hat die grosse Krise meiner Familie nur noch nähergebracht.

Patrick Imhasly ist Redaktor im Ressort Wissen der «NZZ am Sonntag».